

Geschäftsführung:
Fachdienst Umweltschutz und Freiraum

NIEDERSCHRIFT

**über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Umwelt und
Klimaschutz der Stadt Lüdenscheid**

am 02.06.2021

im Kulturhaus

Anwesend:

Vorsitz:

Ratsherr Jens Voß SPD

Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:

Ratsfrau Verena Szermerski-Kasperek	SPD	
Ratsfrau Heide-Marie Skorupa	SPD	
Ratsfrau Ilona Bartocha	Bündnis 90 /	
Die Grünen		
Ratsherr Manuel Bunge	SPD	
Ratsfrau Julia Decker	Bündnis	Vertreterin für Ratsherrn Jürgen Appelt
90/Die Grünen		
Ratsherr Michael Dregger	CDU	Vertreter für Ratsherrn Christoph Weiland - ab 17:16 Uhr ab 17:09 Uhr
Ratsherr Daniel Kahler	CDU	
Ratsfrau Ursula Meyer	CDU	Vertreterin für Ratsfrau Susanne Mewes
Erster Stellvertretender Bürgermeister Björn Weiß	CDU	Vertreter für Ratsherrn Oliver Fröhling
Herr Torsten Lange	DIE LINKE.	Vertreter für Herrn Thomas Kotzur
Herr Michael Wülfrath	FDP	

Beratende Mitglieder Integrationsrat

Ratsfrau Nicole Schulte	SPD	Vertreterin für Ratsfrau Julia Decker
-------------------------	-----	---------------------------------------

Gast:

Herr Marcus Teuber		Revierförster, Landesbetrieb Wald und Holz NRW
--------------------	--	--

Verwaltung:

Herr Hans Jürgen Badziura
Frau Lisa Flender
Herr Marcus Müller
Frau Nina Niggemann-Schulte
Frau Kathrin Sturm
Herr Andreas Weidemann

Schriftführung:

Frau Dorothea Malberg

Abwesend:

Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:

Ratsherr Jürgen Appelt	Bündnis
90/Die Grünen	
Ratsherr Mert Can Cetin	CDU
Ratsherr Oliver Fröhling	CDU
Ratsherr Lucas Karich	CDU
Ratsfrau Susanne Mewes	CDU
Ratsherr Christoph Weiland	CDU
Herr Thomas Kotzur	DIE LINKE.
Frau Shari Sabine Kowalewski	SPD

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 19:05 Uhr

1. Öffentliche Fragestunde

Ein Bürger bittet um Information, ob sowohl an der neuen Feuerwache in der Wiesenstraße als auch an der Feuerwache in Brüninghausen jeweils die Installation einer Photovoltaikanlage vorgesehen sei.

Herr Badziura antwortet, beide Feuerwachen befänden sich noch nicht im Stadium der Objektplanung. Im Vorfeld seien zunächst liegenschaftliche Fragen zu klären gewesen. Im Rahmen der weiteren Detailplanung würde dann über solche Punkte wie ggfs. die Installation von Photovoltaikanlagen entschieden. Da hausintern eine andere Dienststelle zuständig sei, werde diese Frage recherchiert und in der nächsten Sitzung dieses Ausschusses eine verbindliche Aussage hierzu erfolgen können.

2. Sachstandsbericht "Status Quo der städtischen Forstflächen in Zeiten des Klimawandels" durch den Revierförster, Herrn Marcus Teuber, Wald und Holz NRW

Vorsitzender Voß begrüßt den Revierförster vom Landesbetrieb Wald und Holz NRW, Herrn Teuber, und bittet um Vortrag.

Herr Teuber berichtet anhand der diesem Protokoll als **Anlage** beigefügten Präsentation über die Extremwetterfolgen für die Stadt Lüdenscheid mit heutigem Stand. Zunächst stellt er beispielhaft mit einigen Luftbildern den Bestand der Forstflächen vor wenigen Jahren gegenüber dem heutigen Bestand dar und zeigt ergänzend u. a. ein großes Holz-Trockenlager mit einer Größenordnung von ca. 10.000 Festmetern zur Konservierung innerhalb der nächsten drei Jahre sowie der anschließenden Auslagerung. Weiter informiert er detailliert über die Art der Datenerfassung, nennt für die Stadt Lüdenscheid beispielhaft einige vom Borkenkäferbefall betroffene Fichtenflächen, die Höhe des Wertverlustes, die Art und den Zeitraum der ge-

planten Aufforstung sowie die voraussichtlichen Kosten. Aktuell werde der Bestand aufgenommen und aufgeräumt. Die Aufforstung erfolge, abhängig von verschiedenen Rahmenbedingungen wie Witterung, Verfügbarkeit der Pflanzen, Budget etc. innerhalb der nächsten 5 bis 10 Jahre. Eine konkrete Aussage zur Höhe der Kosten sei seriös nicht möglich. Auch dieser Faktor sei abhängig von verschiedenen Gründen wie entsprechender Vorbestand, ggfs. Nutzung von Fördermitteln aus verschiedenen Bereichen, Pflanzbereiche zur entsprechenden CO₂-Kompensation usw.

Abschließend weist er mit einigen Bildern auf das aus seiner Sicht als Schlüsselfunktion dienende Projekt der Wiederbelebung der Verladegleisanlage des Bahnhofs Brügge hin. Seit November 2020 würden dort pro Woche bis zu 4 Ganzzüge verladen (ein Ganzzug bestehe aus 23 bis 24 Waggons/ Warenwert pro Zug zwischen 45.000 € und 50.000 €). Ausdrücklich weist er auf die sehr gute und erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen der Stadt Lüdenscheid, dem Forstamt sowie den beteiligten Firmen hin. Der aufgrund der Dimensionen beinahe industrielle Charakter dieser Nutzung entspreche der eigentlichen Anlage sowie der vorhandenen Größenordnung des Bahnhofs Brügge sehr gut. Vorausblickend sehe er für die heimischen Fichten über 30 Jahre keine Zukunft, in den nächsten 1 ½ bis 2 Jahren werde auch die letzte Fichte durch den Borkenkäfer gefressen sein. Daraus abzuleiten sei die Prüfung und Bewertung, welche Möglichkeiten ggfs. auch als Chance für ein zukünftiges Umgehen der nachfolgenden Generationen die aktuelle Situation biete.

Nachfolgend beantworten Herr Teuber sowie für die Verwaltung Herr Badziura Fragen seitens des Ausschusses zu folgenden Fragen: Verwendung der Einnahmen aus dem Holzverkauf; Auswirkungen der großflächigen Fichtenabholzung für das Wild; wann mit der Auflegung von Förderprogrammen gerechnet werde; aktuelle Nutzung des Bahnhofs Brügge (dauerhafte Lösung suchen aufgrund der Kollision mit dem geplanten Volmeradweg); eine grundsätzliche Frage zu den Arten der zukünftigen Anpflanzungen sowie die Frage, ob im städtischen Waldbesitz zukünftig Mischwald angepflanzt werde; nach der Angebotslage beim Pflanzenkauf sowie ob hierfür genug Personal zur Verfügung stehe.

Abschließend weist Herr Teuber nachdrücklich darauf hin, dass der Standortvorteil eines Bahnhofs zur Holzverladung und den Holzverkauf in der jetzigen Zeit mit nahezu nichts Anderem aufzuwiegen sei. Neben Hagen und Siegen sei der Brügger Bahnhof der einzige geeignete Bahnhof in ganz Südwestfalen und sicherlich eine Schlüsselstelle für die nächsten Jahre.

Vorsitzender Voß bedankt sich bei Herrn Teuber für seine Ausführungen.

3. Anregung nach § 24 Gemeindeordnung NRW: Klimaschutz-Förderung - "Mobilität" - Vorlage: 048/2021

Ratsherr Weiß beantragt eine Abstimmung nach Vorlage.

Vorsitzender Voß unterbricht vor der Abstimmung um 17:57 Uhr die öffentliche Sitzung für einen Redebeitrag von Herrn Langer, Mitglied der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP).

Herr Langer bedankt sich für die Möglichkeit zur Wortmeldung und stellt sich als Vorstandsmitglied der ÖDP vor. Zum vorliegenden Antrag zur Klimaschutz-Förderung „Mobilität“ führt er aus, das Anliegen der ÖDP sei nicht die sofortige Umsetzung *aller* vorgeschlagenen Maßnahmen, jedoch seitens der Verwaltung zumindest kleine Schritte zu gehen. Dies bedeute, einzelne Maßnahmen direkt und ohne Rechtsanspruch umzusetzen bzw. zumindest auszuprobieren. Es sei wichtig, Naheliegendes wirksam zu tun, auch wenn dies ggfs. nur die Umsetzung *einer einzigen* der vorgeschlagenen Maßnahmen beinhalte.

Vorsitzender Voß eröffnet um 18:00 Uhr erneut die öffentliche Sitzung. Ohne weitere Diskussion erfolgt wie vorgeschlagen die Abstimmung nach Vorlage.

Die Ausschussmitglieder fassen einstimmig folgenden

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt die angeregte Klimaschutz-Förderung in Form eines kommunalen Förderprogramms zunächst zurückzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	12
Nein-Stimmen:	./.
Enthaltungen:	./.

Somit ist die Anregung nach § 24 Gemeindeordnung NRW zur Klimaschutz-Förderung – „Mobilität“ – in Form eines kommunalen Förderprogramms einstimmig abgelehnt.

4. Antrag der Fraktion Die Linke vom 14.05.2021 zum Thema "Durchführung eines Luftschadstoff-Screenings"

Für die Fraktion DIE LINKE führt Herr Lange aus, dass im Dezember 2020 sowie im Januar 2021 ein Antrag zum Luftschadstoff-Screening gestellt und im Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz am 27.01.2021 beraten worden sei und zur weiteren Beratung in die Fraktionen zurückverwiesen wurde. Nunmehr solle erneut über diesen Antrag beraten und entschieden werden. Zur Nennung einzelner Straßen habe die Verwaltung bereits eine Stellungnahme abgegeben; einzelne genannte Straßen seien für eine solche Maßnahme nicht geeignet. Darüber hinaus gehe es im Antrag auch darum, dass der kw-Vermerk der genannten Planstelle aufgehoben und diese so schnell wie möglich ausgeschrieben und neu besetzt werde.

In der sich anschließenden Diskussion wird seitens der Ausschussmitglieder zur Sinnhaftigkeit der einzelnen Maßnahmen um eine kurze Stellungnahme der Verwaltung gebeten. Ausdrücklich abgelehnt wird, unterjährig in einzelnen Ausschüssen stellenplanrelevante Beschlüsse zu fassen. Dieser Punkt gehöre nur in die jährlich stattfindenden Stellenplanberatungen.

Herr Badziura weist seitens der Verwaltung darauf hin, dass zu diesen Anträgen bereits zwei Stellungnahmen vorliegen, welche unverändert Gültigkeit haben und nennt im Detail die für eine solche Maßnahme zu prüfenden Parameter. Einige Straßen im Antrag seien wenig geeignet, andere kämen evtl. in Frage. Da die hierfür notwendige Stelle derzeit nicht besetzt und aufgrund des kw-Vermerks eine Wiederbesetzung der Stelle nicht möglich sei, könne eine solche Maßnahme aktuell nicht durchgeführt werden.

Vorsitzender Voß weist auf das Dilemma hin, dass dieser Antrag zum einen inhaltlich richtig in diesem Ausschuss angesiedelt sei, aufgrund des zweiten Punktes der Stellenneubesetzung jedoch nicht in diesem Ausschuss entschieden werden könne. Da im vorliegenden Antrag um eine Entscheidung gebeten wurde, lässt Vorsitzender Voß trotzdem über diesen Antrag abstimmen.

Ohne weitere Diskussion lehnen die Ausschussmitglieder nach Abstimmung mit nachfolgendem Ergebnis den Antrag mit Stimmenmehrheit ab.

Beschluss:

Wir beantragen die Aufnahme des Tagesordnungspunktes „Durchführung eines Luftschadstoff-Screenings“ sowie die Wiederbesetzung der kw-Stelle, wie in unseren Anträgen 11.12.202 und 18.01.2021 beschrieben.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	1
Nein-Stimmen:	11
Enthaltungen:	./.

Vorsitzender Voß weist darauf hin, dass Anträge bezüglich des Stellenplanes ausschließlich im sachlich zuständigen Ausschuss zu stellen und zu beraten seien. Der hier vorliegende Antrag sei ggfs. neu zu formulieren und neu zu stellen.

5. Berichtswesen, hier: Mündliche Berichte

5.1. Aktueller Sachstand zu den Projekten zum Thema "Nachhaltigkeit"

Herr Müller stellt anhand einer PowerPoint-Präsentation, welche im **Bürgerinformationssystem** eingestellt ist, zunächst den erfolgreichen Abschluss des Projektes „Kommunaler Nachhaltigkeitshaushalt“ vor. Dies bedeute u. a. die Einführung und Umsetzung von Nachhaltigkeitszielsetzungen in die Haushaltsplanung und sei ein wichtiger Bestandteil zur zukunftsorientierten Steuerung von Nachhaltigkeit in der Kommune. Hierzu nennt er Beispiele aus dem Bereich der Verwaltung sowie des STL.

Weiter berichtet er, dass die Stadt Lüdenscheid sich beworben habe und auf Grundlage der nun vorhandenen Nachhaltigkeitsstrategie mit vielen Zielen, Leitlinien, aber vor allem mit vielen Maßnahmen erstmalig in Deutschland als eine von 10 Kommunen zur Global Nachhaltigen Kommune (GNK) ausgewählt worden sei. Vertiefend erläutert er die Inhalte dieser Maßnahme.

Abschließend präsentiert und erläutert er das neue Logo der Dachmarke Nachhaltigkeit unter dem Begriff „Change City – heute zukunft gestalten“.

In der sich anschließenden Diskussion wird seitens des Ausschusses darum gebeten, zur besseren Vorbereitung auf die Sitzung solch inhalts- und umfangreiche Präsentationen zukünftig bereits vor der Sitzung zusammen mit der Einladung zur Verfügung zu stellen.

5.2. Aktueller Sachstand zum Projekt "Quartiersarbeit"

Herr Müller informiert mit einem im **Bürgerinformationssystem** eingestellten Flyer darüber, dass die Stadt Lüdenscheid von der Innovation City Management GmbH für das Projekt „QuartiersCheck.NRW Klima. Nachhaltigkeit. Zukunft“ ausgewählt worden sei. Er erläutert kurz das Projekt. Den Hinweis eines Ausschussmitgliedes, auch die Außenbezirke zu berücksichtigen, beantwortet Herr Müller dahingehend, dass bisher noch kein konkretes Quartier ausgewählt worden sei.

5.3. Aktueller Sachstand zur "Grünkampagne"

Frau Flender berichtet anhand einer im **Bürgerinformationssystem** eingestellten Power-Point-Präsentation über die nachfolgenden Punkte:

- Start des Naturgartenwettbewerbs „Vielfalt-gewinnt“ im April dieses Jahres, welcher im August 2021 endet.
- Vorstellung des neuen Flyers zur Dach- und Fassadenbegrünung sowie Erläuterung der Inhalte.
- Aussicht auf Bewilligung aus dem Förderprogramm Klimaresilienz in Kommunen vom Land NRW. Ein Bescheid beziehe sich auf die Förderung Dritter für Dach- und Fassadenbegrünung mit einer Förderquote von 100 Prozent. Der zweite Förderantrag beziehe sich auf sog. ‚Klimabäume‘, d. h. abgängige Bäume werden durch klimaresistente neue Bäume ersetzt. Federführend sei hier der STL tätig. Konkret handele es sich um rd. 40 neue Bäume an der Freisenbergstraße, am Kerkhagen, am Römerweg sowie am Sauerlandring. Auch hier betrage die Förderquote 100 Prozent.
- Erarbeitung einer Grünsatzung für die Stadt Lüdenscheid.

6. Bekanntgaben, Beantwortung von Anfragen und Anfragen

6.1. Bekanntgaben

6.1.1. Aktueller Sachstand zur überregionalen Zusammenarbeit

Herr Müller berichtet über den Start sowie die lokale Durchführung der Klimakampagne BRAvour der Bezirksregierung Arnsberg, in welcher die Stadt Lüdenscheid als Modellkommune mitwirkt. Ausführlich informiert er über die Inhalte anhand einer PowerPoint-Präsentation, welche im **Bürgerinformationssystem** eingestellt ist.

Im Anschluss an den Vortrag von Herrn Müller wird seitens des Ausschusses angeregt, in der letzten Sitzung des Jahres oder der ersten Sitzung des folgenden Jahres über erste Erfolge oder Ergebnisse dieses Projektes, aber auch der in den vorangegangenen Punkten vorgestellten Projekte zu berichten. Weitere Hinweise zum Standort der Photovoltaikanlagen sowie zur Vorstellung des Projektes zuerst in den Stadtteilkonferenzen beantwortet Herr Müller und nimmt diese gerne auf.

6.2. Beantwortung von Anfragen

Entfällt

6.3. Anfragen

Entfällt

gez. Jens Voß

Vorsitzender

gez. Dorothea Malberg

Protokollführerin